

Anlaufstelle für Einwanderer

Brig-Glis, Naters und Visp eröffnen erste Oberwalliser Integrationsstelle in Visp

Visp. – Die Gemeinden Brig-Glis, Naters und Visp haben eine gemeinsame Integrationspolitik definiert. Für deren Umsetzung ist die neu geschaffene Integrationsstelle in Visp zuständig.

Die Ausländer repräsentieren etwas mehr als 20 Prozent der Walliser Bevölkerung. Im Unterwallis ist der Ausländeranteil höher. Vor allem in den Agglomerationen der Städte und in Tourismusorten liegt der Ausländeranteil oft bei mehr als 30 Prozent. Im Wallis leben heute mehr als 60 000 Personen, die eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen. Auch in den nächsten Jahren dürften die Migrationsströme kaum zurückgehen. Vor diesem Hintergrund müsse die Integrationsproblematik auf allen behördlichen Ebenen sehr ernst genommen werden, sagte Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten bei der Vorstellung der ersten Oberwalliser Integrationsstelle am Montag in Visp. Da die erste Begegnung mit Zuwanderern in den Gemeinden erfolge, müsse auch der erste Schritt zu deren Integration auf lokaler Ebene getan werden, so die Vorsteherin des Departements für Sicherheit, Sozialwesen und Integration.

Gemeinsame Strategie
Brig-Glis, Naters und Visp wollen mit ihrer Integrationspolitik das friedliche Zusammenleben der einheimischen und der ausländischen Wohnbevölkerung fördern. Und zwar auf der Basis gemeinsamer Grundwerte und der rechtsstaatlichen Ordnung, wie Matthias Eggel, Stadtrat von Brig-Glis, erklärte. Von den Migranten erwarte man, dass sie sich in einer der Landessprachen gut verständigen können.



Gemeinsame Integrationspolitik umsetzen: (von rechts) Daniela Zenklusen Jossen, Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten, Franz Ruppen, Helena Mooser Theler und Matthias Eggel, die ressortverantwortlichen Ratsmitglieder von Naters, Visp und Brig-Glis, sowie Jacques De Lavallaz, Chef der Dienststelle für Bevölkerung und Migration.

Foto wb

Sprach- und Integrationskurse würden deshalb gefördert. Eine zweckmässige Kommunikation soll zudem zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen. Dazu gehört eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie die Information der Zuwanderer über die Angebote der Integrationsstelle.

Breites Angebot

Die interkommunale Integrationsstelle wird von Daniela Zenklusen Jossen in einem 50-Prozent-Pensum betreut. Die Lokaltäten an der Spittelgasse 2 sind jeweils am Dienstag und Don-

nerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr geöffnet und dienen als Anlaufstelle für neu zugezogene Ausländer mit Permis B, C, L (mehr als ein Jahr) und F.

Daniela Zenklusen Jossen übernimmt Abklärungsaufträge von den zuständigen Stellen der Gemeinden, von Schulbehörden, der Einbürgerungskommission sowie von der Polizei und von Institutionen im Sozialbereich. Zu den zentralen Aufgaben der Integrationsstelle gehören ausserdem die Information und die Beratung aller Migranten bei Integrationsfragen. Die neue Stelle entwickelt und realisiert

zudem verschiedene Integrationsprojekte wie etwa jenes zur Integration der Eltern an der Orientierungsschule Brig-Glis oder die Ausbildung von Übersetzern.

Die Hilfesuchenden werden überdies bei der Auswahl von Deutsch- und Integrationskursen unterstützt. Verläuft die Integration schwierig, kann Daniela Zenklusen Jossen aufgrund von Artikel 54 des neuen Ausländergesetzes zudem die erforderlichen Massnahmen über eine sogenannte Integrationsvereinbarung in die Wege leiten. Schliesslich wird die Integrati-

onsstelle im Auftrag der Gemeinde mindestens einmal im Jahr einen Willkommensabend für ausländische Neuzuzüger veranstalten.

Dreijähriges Pilotprojekt

Die neue Integrationsstelle ist ein Pilotprojekt, das sich zunächst über drei Jahre erstreckt. Die drei Gemeinden wenden für den Betrieb der Integrationsstelle jährlich gut 80 000 Franken auf, wobei der Kanton einen Drittel der Lohnkosten übernimmt. Zusätzlich wird der Kanton auch einzelne Integrati-

onsprojekte finanziell unterstützen, sodass die Kostenbeteiligung des Kantons letztlich etwa 50 Prozent betragen wird, wie Esther Waeber-Kalbermatten anmerkte.

In Monthey, Sitten, Martinach und Siders haben sich solche Integrationsstellen bereits bewährt. Allein im vergangenen Jahr wurden dort 45 Projekte realisiert, 900 Einwanderer haben Sprachkurse besucht und mehr als 300 an Integrationskursen teilgenommen, wie der kantonale Integrationskoordinator Jacques Rossier berichtete. **fm**

Heute im OBERWALLIS

Dienstag, 25. August

BRIG: 20.00, Vortrag «Unseren Geist verstehen – unser Leben verändern», Sebastiansgasse

20.00, Vortrag «Mystik und Realität auf der Osterinsel» mit Diana Dörmig im Grünwaldsaal

GASENRIED: 14.00–18.00, Blankas Wäbustubi geöffnet

LEUKERBAD: 14.00–17.45, Ausstellung «Werkschau» von Alfred Tschopp in der Galerie St. Laurent

14.00–18.00, Ausstellung von Pit Meyer im Kunst-Atelier zer Briggu

16.30–17.30, Vortrag zum Thema: Gesund leben mit Ayurveda, Treffpunkt Spa-Desk in der Lindner Alpentherme

21.00–1.00, Karaoke im Dancing Cúvido Bar

OBERWALD: ganztägig, Ausstellung «Quer durchs Oberwallis» von Judith Katharina Kündig, im Hotel Furka

RECKINGEN: 18.00, Pizza backen im Backhaus

SAAS-GRUND: 20.30, Saas-Fee Raiffeisen Konzertreihe, Swing/Blues/Jazz mit «Brass Buffet», auf dem Dorfplatz

VISP: 19.30, Treffen der Selbsthilfegruppe «Equilibrium» im Behindertenheim Fux campagna, Eymatt 5

Nächste Runde im Downhill-Streit

Die Naturschutzorganisation WWF erhebt Einsprache gegen Downhill-Projekt

Saas-Fee. – Der Eklat geht weiter. Die Naturschutzorganisation WWF erhebt Einsprache gegen das Downhill-Projekt in Saas-Fee. Die geplante Strecke sei ein massiver Eingriff in den natürlichen Lebensraum.

Der Baubeginn des Downhill-Trials in Saas-Fee war rechtswidrig, da er noch während der Einsprachefrist erfolgte. Diese verlängerte sich aufgrund eines Verfahrensfehlers bis zum 24. August. Gemäss Bundesgesetz müssen Bauvorhaben, die einen Bezug zum Natur- oder Heimatschutz darstellen, eine Einsprachefrist von 20 Tagen aufweisen. Diese gesetzliche Anordnung liess man beim Bauvorhaben in Saas-Fee ausser Acht.

Verantwortlich für dieses «Missgeschick» ist Beat Anthamatten, Vizepräsident der Gemeinde Saas-Fee. In einem Interview (siehe WB vom 22. 8.) nahm er zu der prekären Situation Stellung, räumte Fehler ein und entschuldigte sich. Er habe die Thematik unterschätzt und werde nun die Konsequenzen tragen müssen.

Konsequenzen folgen

Unter Einhaltung der Einsprachefrist entschied sich der WWF nun, mit rechtlichen Schritten gegen die geplante Downhill-Strecke vorzugehen. Gut unterrichtete Quellen bestätigen, dass eine Einsprache

seitens des WWF wohl nicht zustande gekommen wäre, hätten die Saaser die geltenden Gesetze beachtet und nicht vorschnell mit der Realisierung begonnen. Erst nach dem Einreichen einer Informationsanzeige bei der kantonalen Baupolizei habe sich der WWF eine fundierte Einsprache gegen das Projekt überhaupt überlegt.

Die Verantwortlichen des WWF haben das Baugesuch im Detail geprüft und sind der Ansicht, dass das Projekt die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllt. Ein Downhill-Trail sei eine dauernde oder zumindest vorübergehende Zweckentfremdung der Natur, teilt der WWF in einem Communiqué mit. Gemäss Waldgesetz sei für ein Vorhaben dieser Art ei-

ne Rodungsbewilligung zwingend nötig, so die WWF-Verantwortlichen.

Problematisches Vorhaben

Rund die Hälfte der sechs Kilometer langen Strecke führt durch bislang vollständig unberührte Natur. «Der Erhalt dieses unberührten Lebensraums ist in einem touristisch

orientierten Ort wie Saas-Fee enorm wichtig. Der Wald dient als Ruhezone für Wildtiere», bekräftigt Ralph Manz vom WWF Oberwallis. Zudem ist das gesamte Gebiet oberhalb des Waldes seit drei Jahren Jagdbanngebiet. «Ziel eines Jagdbanngebietes ist, die Wildtiere vor den Aktivitäten der Zivilisation zu schützen. Die geplante Downhill-Strecke verursacht erhebliche Störungen für das Wild. Das Jagdbanngebiet würde also seinen Zweck nicht mehr erfüllen können», unterstreicht Manz.

Ungewisse Zukunft

Ob und wann die Realisierung der längsten Downhill-Strecke im Wallis erfolgt, ist zurzeit noch unklar. Gemäss WWF ist schwer vorstellbar, dass unter diesen Umständen überhaupt eine Baubewilligung erteilt wird. «Auch der örtliche Jägerverband «Diana Saas» hat mittlerweile Einsprache gegen das Projekt erhoben», weiss Manz. Die Einsprachen haben zur Folge, dass der Kanton jetzt überprüfen muss, ob das Downhill-Projekt gemäss geltendem Recht bewilligt werden kann. Zudem muss die Gemeinde Saas-Fee noch festlegen, welche Konsequenzen der vor-schnelle Baubeginn für die beteiligten Personen nach sich zieht. Im Raum stehen Bussen bis zu einer Summe von 100 000 Franken. **sg**



Der Beginn der Bauarbeiten erfolgte ohne rechtskräftige Bewilligung.

Foto wb